Regierungsrat des Kantons Uri

Auszug aus dem Protokoll

20. Oktober 2026

Nr. 2026-621 0.1.2 Kleine Anfrage Sandro Wüthrich, Realp, zur kantonalen Strategie zu Hitzetagen; Antwort des Regierungsrats

I. Ausgangslage

Am 20. August 2026 reichte Landrat Sandro Wüthrich, Realp, eine Kleine Anfrage zur kantonalen Strategie zu Hitzetagen ein.

Die zunehmenden Hitzetage stellten auch für den Kanton Uri eine wachsende Herausforderung dar. Verschiedene Kantone in der Schweiz prüften oder entwickelten derzeit neue Strategien, um die Auswirkungen von Hitzeperioden auf Bevölkerung, Gemeinden und kritische Infrastrukturen besser zu bewältigen. Vor diesem Hintergrund stelle sich die Frage, ob der Kanton Uri am bisherigen Vorgehen festhalte oder ob der Regierungsrat neue Massnahmen, Konzepte oder eine übergeordnete Strategie plane.

Damit wird der Regierungsrat aufgefordert, die nachstehenden Fragen zu beantworten.

II. Antwort des Regierungsrats

1. Vorbemerkung

Der Sommer 2026 ist der heisseste Sommer in der Schweiz seit Messbeginn im Jahr 1864. Auch in Altdorf wurden im Sommer 2026 zirka 30 Hitzetage mit Maximaltemperaturen über 30 °C verzeichnet. Gemäss den Klimaanalysen 2021 und 2022 ist für den Urner Talboden je nach Klimaszenario mit einer vergleichbaren anhaltenden Hitzebelastung zu rechnen, in höheren Lagen wie Andermatt ist auch in Zukunft kaum mit Hitzetagen oder Tropennächten zu rechnen.

Der Sommer und Herbst 2026 waren zudem gekoppelt mit einer starken Trockenheit. Einzelne Gewässer trockneten aus und Quellschüttungen für die Trinkwasserversorgungen gingen zurück. Der hohe Anteil des Gletscherschmelzabflusses hat diese Entwicklung im Sommer noch etwas abgefedert. Von der Hitze und Trockenheit sind auch die Alp- und Landwirtschaft sowie der Wald und Naturschutz betroffen.

Der Kanton Uri legt mit der Klimastrategie 2011 und dem Klimaschutzkonzept 2023 Grundlagen zum Umgang mit dem Klimawandel fest. Mit den Anpassungsmassnahmen im Umgang mit Hitze (wie für die Gesundheit, in der Raumplanung, bei Bauten) bestehen bei den kantonalen Fachstellen insbesondere folgende aktuelle Umsetzungsinstrumente, die teilweise bereits angewendet werden. Zusätzlich wurde das Thema Hitze in die neu überarbeitete Gefährdungs- und Risikoanalyse des Bevölkerungsschutzes 2025 aufgenommen.

Die Bevölkerung wird durch den Kanton seit Jahren regelmässig über die gesundheitlichen Risiken von Hitzeperioden und die entsprechenden Verhaltensempfehlungen informiert. So wurde zuletzt mit einer Medienmitteilung Mitte Juni 2026 auf die gesundheitlichen Risiken hoher Temperaturen aufmerksam gemacht. Zudem werden die Urner Ärztinnen und Ärzte im Rahmen des Newsletters des Kantonsärztlichen Dienstes regelmässig über hitzebezogene Gesundheitsthemen informiert. Die Gesundheitsförderung Uri sensibilisiert die Bevölkerung seit mehreren Jahren mit verschiedenen Informations- und Sensibilisierungskampagnen für ein gesundheitsförderliches Verhalten bei Hitze.

Mit der Richtplananpassung 2026 wird dem Landrat beantragt, das Thema Klimawandel gestützt auf die bestehenden Konzepte und Massnahmen als Schwerpunkt in den Richtplan aufzunehmen. Damit und mit den aktuell vorliegenden Klimaanalysekarten[1] werden Grundlagen für die raumplanerische Entwicklung in den Gemeinden zur Verminderung von Hitzebelastungen im Siedlungsgebiet bereitgestellt. Damit lassen sich z. B. Grün- und Freiraumkonzepte und nächtliche Kaltluftkorridore sowie Begrünungen von Flachdächern, Beschattungen durch Bäume, unbefestigte Flächen und Regenwassernutzungen umsetzen oder gezielt fördern.

Die Umsetzung der kantonalen Wasserversorgungsstrategie unter Berücksichtigung des Klimawandels wurde auch in diesem Jahr mit den Gemeinden und Wasserversorgungen an der jährlichen Plattformveranstaltung thematisiert. Ende September 2026 wurde zudem im Rahmen des jährlichen Klimaanlasses auch über den sommerlichen Wärmeschutz bei Gebäuden informiert. Neben der Stärkung der erneuerbaren Energien im Gebäudebereich zur Reduktion der Treibhausgasemissionen sind auch die unverändert übernommenen Anforderungen an den sommerlichen Wärmeschutz Bestandteil des neuen Energiegesetzes.

2. Beantwortung der Fragen

1. *Wie beurteilt der Regierungsrat die aktuelle Situation im Umgang mit Hitzetagen im Kanton Uri?*

Der Regierungsrat beurteilt den Umgang mit Hitzetagen im Kanton Uri aktuell grundsätzlich als angemessen (siehe auch Vorbemerkung).

2. *Sieht der Regierungsrat Handlungsbedarf, den bisherigen Status quo im Bereich Hitzetage zu überprüfen oder weiterzuentwickeln?*

[1] Siehe geo.ur.ch; Suche: Klimaanalysekarte

Der Regierungsrat sieht zurzeit keinen weiteren Handlungsbedarf bei den bestehenden Anpassungsmassnahmen und Umsetzungsinstrumenten. Aufgrund der zu erwartenden, anhaltenden Hitzebelastungen erachtet es der Regierungsrat aber als sinnvoll, die Instrumente stärker auf die Anwendung auszurichten sowie beim Vorliegen neuer Erkenntnisse zu überprüfen und bei Bedarf weiterzuentwickeln. Neben den Anpassungsmassnahmen sind auch die Beiträge zur Reduktion der Treibhausgasemissionen zu stärken, wie dies aktuell auch mit dem neuen Energiegesetz erfolgt.

3. *Plant der Regierungsrat neue kantonale Massnahmen, Konzepte oder Kampagnen im Zusammenhang mit zunehmenden Hitzetagen?*

Der Regierungsrat beabsichtigt, die bestehenden Anpassungsmassnahmen und Umsetzungsinstrumente weiterzuführen und bei Bedarf zu ergänzen. So wird im Jahr 2027 ein Hitzekonzept im Gesundheitsbereich erarbeitet, aus dem sich neue Massnahmen ergeben.

4. *Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass die Gemeinden bei der Bewältigung von Hitzetagen angemessen unterstützt werden?*

Die Unterstützung der Gemeinden erfolgt insbesondere über die kantonalen Grundlagen, Fachstellen und bestehende Umsetzungsinstrumente.

5. *Welche Rolle sollen die Gemeinde-Führungsstäbe (GFS) künftig im Umgang mit Hitzetagen einnehmen, und wie unterstützt der Kanton sie dabei?*

Die GFS übernehmen insbesondere dann eine Rolle, wenn die Auswirkungen einer langandauernden und ausgeprägten Hitzeperiode im Zusammenwirken mit weiteren Ereignissen eine übergreifende Koordination innerhalb der Gemeinde erfordern. Hitzeperioden allein führen in der Regel nicht zu einer ausserordentlichen Lage, weshalb der Schwerpunkt auf Prävention, Gesundheitsvorsorge und Information liegt.

Mit anhaltender Hitze und Trockenheit kann neben Einschränkungen für die Wasserversorgungen auch die Waldbrandgefahr steigen und bei einer konkreten Gefährdung von Gebäuden die Evakuierung und Notunterbringung von Personen und Tieren erforderlich werden. Die GFS übernehmen in solchen Fällen die Koordination auf kommunaler Ebene nach den bestehenden Abläufen für Ereignisse mit grosser Tragweite.

Der Kanton unterstützt die Gemeinden durch fachliche Grundlagen, Ausbildung, die Abstimmung von Zuständigkeiten und Schnittstellen sowie bei Bedarf durch übergeordnete Koordination.

6. *Plant der Regierungsrat, die Bevölkerung künftig stärker zu informieren oder zu sensibilisieren, oder bleibt es beim bisherigen Vorgehen?*

Die Information der Bevölkerung bleibt ein wichtiger Bestandteil des Hitzeschutzes. Der Regierungsrat beabsichtigt, die Bevölkerung auch künftig für gesundheitliche Risiken und geeignete Schutzmassnahmen zu sensibilisieren. Die Bekanntmachung der aktuellen Umsetzungsinstru-

mente soll weitergeführt und die Umsetzung in den Gemeinden gefördert werden.

Zudem sollen die Sensibilisierungsmassnahmen künftig konzeptionell verankert werden. Damit schafft der Regierungsrat die Grundlage, die Bevölkerung langfristig und systematisch über die gesundheitlichen Risiken von Hitze sowie über wirksame Schutz- und Präventionsmassnahmen zu informieren.

Mitteilung an Mitglieder des Landrats; akkreditierte Rathausmedien; LA Standeskanzlei; GSUD Amt für Gesundheit; SID Amt für Bevölkerungsschutz und Militär; JD Amt für Raumentwicklung; BD Amt für Energie

Im Auftrag des Regierungsrats
Standeskanzlei Uri
Der Kanzleidirektor

